

Allgemeine Datenschutzhinweise nach Art. 14 DSGVO zu unserer Datenverarbeitung

Vor dem Hintergrund, dass Ihr Arbeit- bzw. Auftraggeber einen Antrag auf Subventionierung bestimmter Tätigkeiten bei der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz gestellt hat, und er dazu aufgrund Gesetzes personenbezogene Daten von Ihnen angeben musste, verarbeiten wir diese im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens.

Wir möchten Sie daher über unseren allgemeinen Umgang mit personenbezogenen Daten informieren.

Datenquelle:

Ihr Arbeitgeber als Antragsteller hat uns im Rahmen eines Zuwendungsverfahrens Ihre personenbezogenen Daten angegeben.

Rechtsgrundlagen und Zwecke für die Verarbeitung personenbezogener Daten:

Wir erheben und verarbeiten personenbezogene Daten ausschließlich auf gesetzlicher Grundlage gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchst. e) DSGVO in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Nummer 2 Bremisches Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutz-Grundverordnung (BremDSGVOAG) zum Zweck der Gewährung von Zuwendungen gemäß §§ 23, 44 Landeshaushaltsordnung (Zuwendungssachbearbeitung). Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist insoweit konkret in der „Verordnung über die Verarbeitung von Daten in der Zuwendungsdatenbank ZEBRA Bremen“ (VO ZEBRA) vom 16.04.2014 geregelt.

Darüber hinaus erfolgt eine quartalsweise Berichterstattung nach § 11 Absatz 4 Nummer 5 Bremisches Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG) und innerhalb des Rechenschaftsberichts nach § 11 bzw. § 10 des Bremischen Haushaltsgesetzes.

Verantwortliche:

1. Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz
Faulenstr. 9/15
28195 Bremen
2. Der Senator für Finanzen
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Nach der VO ZEBRA erfolgt der Betrieb der Datenbank ZEBRA in der gemeinsamen Verantwortung der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und des Senators für Finanzen, der die Bereitstellung der IT-Infrastruktur übernimmt. Die verantwortliche Senatorin zeichnet für das Verwaltungsverfahren in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich.

Datenkategorien:

Im Rahmen der Bearbeitung eines Antrags auf eine öffentliche Zuwendung werden folgende Datenkategorien von Ihnen erhoben.

- Stamm- und Kommunikationsdaten
- Geschlecht
- Zuordnung zum Antragsteller
- Funktion beim Antragsteller
- Gehaltsdaten

Datenempfänger:

Wir übermitteln Ihre Daten, sofern dies nach den o.g. Grundsätzen datenschutzrechtlich zulässig ist, an die Bremer Bürgerschaft, deren Ausschüsse und den Bremer Rechnungshof. Eine sonstige Weitergabe Ihrer Daten findet nicht statt.

Eine Datenverarbeitung außerhalb der EU bzw. des EWR findet grundsätzlich nicht statt.

Dauer der Speicherung:

Wir löschen Ihre Daten, wenn diese nicht mehr erforderlich sind oder die Grundlage für die Rechtmäßigkeit der Speicherung aus anderen Gründen entfällt und keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen einer Löschung entgegenstehen.

Im Normalfall löschen wir die antragsbezogenen Daten nach einer Frist von 5 Jahren ab Vorlage des Verwendungsnachweises. In zu begründenden Sonderfällen kann sich diese Frist auf 10 oder 30 Jahre verlängern. Werden Mittel aus dem europäischen Förderprogrammen EFRE oder EMFF beantragt, ist die Frist standardmäßig 10 bzw. 15 Jahre.

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten für die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz:

Dr. Uwe Schläger
datenschutz nord GmbH
Konsul-Smidt-Str. 88
28217 Bremen
Web: www.datenschutz-nord-gruppe.de
E-Mail: office@datenschutz-nord.de
Telefon: 0421 69 66 32 0

Rechte der betroffenen Person:

Betroffene Personen haben das Recht auf Auskunft seitens der beiden genannten Verantwortlichen über die sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten oder auf Löschung, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Es besteht zudem das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen vorliegt und in den Fällen des Art. 20 DSGVO das Recht auf Datenübertragbarkeit.

Werden Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e (Datenverarbeitung zur behördlichen Aufgabenerfüllung bzw. zum Schutz des öffentlichen Interesses) oder lit. f erhoben (Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen), steht der betroffenen Person das Recht zu, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Ihre Datenschutzrechte können Sie hier geltend machen:

KONTAKTDATEN

datenschutz nord GmbH
Konsul-Smidt-Str. 88
28217 Bremen
Web: www.datenschutz-nord-gruppe.de
E-Mail: office@datenschutz-nord.de
Telefon: 0421 69 66 32 0

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat des gewöhnlichen Aufenthaltsorts der betroffenen Person oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden. Für das Bundesland Bremen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Arndtstraße 1
27570 Bremerhaven
Tel.: +49 421 3612010 oder +49 471 5962010
Fax: +49 421 49618495
E-Mail: office@datenschutz.bremen.de